Bezugspreis
vierteljährlich Mk. 2.25, durch die Post Mk. 2.75.
Für Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Expeditionsstelle, Marienstr. 38, in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 5 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; Doppelzeile „unserm Circus" (Inseratenteil) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf., für Familiennachrichten (Geb., Verl., Tod) 10 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Meyer's mollige Schlafröcke
von **12 Mark** an.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Simon's Annen-Hof
Dresden
(im Centrum der Stadt).
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel
für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant
Pilsner Actienbrauerei.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz 6 **Altmarkt 6**
Hoflieferant **Gegründet 1843**
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Vornehme Tapeten
von dekorativer Wirkung,
sowie Original-Tapeten der ersten englisch. Fabriken empfehlen
Tapetenhaus ***F. Schade & Co.*** Victoriastr. 2

„Perfectio", Dr. med. Wolfermann's Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz u. Wirkung u. ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei **M. H. Wendschuch sen., Marienstr. 22b**

Nr. 278. Spiegel: Lage der Deutschen in Oesterreich. Hofnachrichten, Landtagswahlen, August Lansky †, Eispunkt, Gerichtsverhandlungen. Wohlthätigkeits-Concert, Arnold's Kunstsalon. | Muthmaßliche Witterung: Schneeluft, Frost. | **Donnerstag, 7. Oktober 1897.**

Die Lage der Deutschen in Oesterreich.

(Von einem österreichischen Reichsrathsabgeordneten.)

Welche Physiognomie hat das jetzige Abgeordnetenhaus? welche Parteien bilden die Mehrheit, und wie steht es um die Zusammensetzung und den Zusammenhang der Opposition?

Das österreichische Abgeordnetenhaus zählt 425 Mitglieder. Einigermaßen einheitlich geleitet werden durch die sogenannte parlamentarische Kommission folgende Parteien: die 59 Mitglieder des Polenklubs, die 60 Jungczechen, die 19 Vertreter der czechischen feudalen Großgrundbesitzer und die 35 Angehörigen des slavischen christlich-nationalen Verbandes. Das giebt zusammen 173 slavische Abgeordnete, mit denen in den meisten Fällen 9 polnische „Radikale" stimmen dürften, die anfänglich gegen die Uebermacht der polnischen Schlachta sich aufzulehnen versuchten, nun aber seit der demüthigen Unterwerfung ihres konfus-radikalen Führers Pater Stojalowski unter den Papst und der von einflußreichen polnischen Schlachzizen erwirkten kaiserlichen Begnadigung des wegen Majestätsbeleidigung in der parlamentslosen Zeit verurtheilten Abgeordneten Szajer kirre gemacht und wieder eingefangen worden sind. Rechnen wir zu diesen 182 slavischen Abgeordneten noch die 5 mit ihnen verbündeten Rumänen, so erreicht diese Zahl doch noch nicht die Hälfte der Gesammtsumme der Abgeordneten. Die Parlamentsmehrheit kommt erst durch den Anschluß der deutschen katholischen Volkspartei mit 31 Mitgliedern und des deutschen Centrums mit 6 Mitgliedern zustande. Die deutschen Klerikalen sind seit jeher an der Seite der Slaven zu finden und scheuen sich nicht, unter den Gegnern ihrer Stammesgenossen sich in die vordersten Reihen zu drängen. Darum sind sie auch selbstverständlich von maßgebendem Einfluß in der „parlamentarischen Kommission". Da aber in der letzten Zeit aus ihren eigenen Wählerkreisen hie und da Stimmen des Unmuths und der Unzufriedenheit über ihr Verhalten bei der schwersten nationalen Bedrängniß von Millionen Deutschen laut wurden, bequemen sie sich, die Rolle der „ehrlichen Makler" im nationalen Streite zu spielen. Mit der Mehrheit von 224 slavischen und klerikalen deutschen Abgeordneten stimmen noch in den meisten Fällen 26 deutsche Christlichsoziale und 14 „Wilde", sodaß in besonderen Fällen die Mehrheit bis auf zweihundert und etliche siebzig Stimmen anwachsen kann. Demnach fehlen kaum ein Dutzend Stimmen zur Zweidrittel-Mehrheit, das heißt zu jener Mehrheit, welche auf verfassungsmäßigem Wege die einschneidendsten Aenderungen der Verfassung vornehmen kann. — In rücksichtsloser Opposition gegen die dermalige Regierung stehen die deutsche Fortschrittspartei mit 35, die deutsche Volkspartei mit 42, die Schönerergruppe mit 5 Mitgliedern und 3 „Wilde", endlich die 15 Sozialdemokraten, auf welche jedoch in rein nationalen Angelegenheiten selbstverständlich kein Verlaß ist. Somit sind nur gegen 100 Abgeordnete zur Fortführung der parlamentarischen Obstruktion entschlossen. Das ist immerhin eine Anzahl Abgeordneter, die, wenn alle Stand halten und überdies möglichst planmäßig und geschlossen vorgehen, die Macht hat, nicht nur die Thätigkeit des Parlaments empfindlich zu stören, sondern endlich ganz lahm zu legen. Drakonische Bestimmungen einer geänderten Geschäftsordnung allein dürften schwerlich vermögend sein, die Obstruktion ganz zu ersticken, denn alle parlamentarischen Erfahrungen sprechen dafür, daß bloße Verschärfungen der Geschäftsordnung nicht genügen, eine zum Aeußersten entschlossene Opposition dauernd niederzuhalten. Zwölf liberale deutsche Abgeordnete sind zu einem „freien Verbande" zusammengetreten, Politiker sehr gemäßigter Richtung, zwar Gegner des Ministeriums Badeni, aber sehr zurückhaltende, vorwiegend Vertreter der Großindustrie und der Finanzwelt. Weit näher als den deutschen Abgeordneten radikalerer Richtung stehen sie den Vertretern des verfassungstreuen Großgrundbesitzes. Die Haltung der Letzteren wird mit jedem Tage schwankender, obwohl sie sich während der Parlamentsferien zu einer offenen, entschiedenen Erklärung gegen die Sprachenverordnungsregierung aufgerafft haben. Eine im Ganzen neutrale Haltung nehmen die 19 italienischen Abgeordneten ein, weshalb auch Graf Badeni einem derselben die Vermittlerrolle mit den Deutschen übertrug. Allein, so viel persönliche Werthschätzung auch dem Betreffenden von deutscher Seite entgegengebracht wird, eine Verständigung Badeni's mit den Deutschen auch nur vorzubereiten ist ihm nicht gelungen. Die Zahl jener deutschen Abgeordneten, welche in vollkommener Uebereinstimmung mit ihren Wählern zur Fortsetzung der parlamentarischen Obstruktion entschlossen sind, beträgt also nicht einmal den vierten Theil aller Abgeordneten und nicht ganz die Hälfte der deutschen.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob denn die Badeni'schen Sprachenverordnungen in Wahrheit von so verhängnißvollen Folgen für das Deutschthum in Oesterreich begleitet erscheinen, daß ihrethalben die nationalgesinnten Deutschen sich gezwungen sehen müssen, unbekümmert um irgend welche Rücksichten, zu den äußersten Mitteln der Abwehr zu greifen? Der oberflächlichen Betrachtung mögen die Sprachenverordnungen gar nicht als etwas so Ungeheuerliches sich darstellen, als kein zu hartes und unbilliges Ansinnen an die Deutschen erscheinen, weil sie die Zweisprachigkeit bei Amt und Gericht nicht blos für die Deutschen, sondern auch für die czechischen Theile der Länder Böhmen und Mähren vorschreiben. Dies Urtheil würde einigermaßen zutreffend sein, wenn die deutsche Sprache und die czechische gleichwerthig, wenn beide Sprachen Weltsprachen wären, ferner, wenn die Deutschen, insbesondere in Böhmen, nicht ein sprachlich ziemlich scharf abgegrenztes, geschlossenes Gebiet bewohnten und endlich, wenn durch die Sprachenverordnungen für die sogenannten Länder der böhmischen Krone nicht ein sprachliches Sonderrecht hergestellt und nicht hierdurch die Errichtung eines selbstständigen böhmischen Staates vorbereitet würde. Es ist doch unleugbar, daß dem Czechen die Kenntniß und Beherrschung der deutschen Sprache unvergleichlich größere Vortheile gewähret als dem Deutschen die Kenntniß der czechischen. Eine Weltsprache und ein von nur 6 Millionen Menschen gesprochenes Idiom haben niemals gleichen Werth und gleiche Bedeutung. Darum liegen in den österreichischen Sudetenländern die sprachlichen Verhältnisse nicht so einfach wie vergleichungsweise in der Schweiz. Es giebt überdies noch besondere Gründe, warum das thatsächliche, praktische Bedürfniß der Kenntniß der czechischen Sprache für die Deutschböhmen nur ein geringes ist, ja zumeist gar nicht besteht. Die Forderung, daß der Deutsche in Böhmen und in allen Theilen Mährens, wenn er irgend ein öffentliches Amt, auch das unbedeutendste, in seiner rein deutschen Heimath bekleiden will, des Czechischen in Wort und Schrift vollkommen mächtig sein muß, ist lediglich ein Ausfluß der nationalen Ueberhebung der Czechen und darum für die Deutschen eine nationale Demüthigung und ein unerträglicher Zwang. Daß von den staatlichen Organen in czechischen Gegenden bisher auch die Kenntniß des Deutschen verlangt wurde, war eine staatliche Nothwendigkeit, keine eigensinnige Forderung eines überspannten Nationalgefühls der Deutschen. Der Staat Oesterreich kann ein gemeinsames Verständigungsmittel für seine Organe nicht entbehren, und daß dieses nur die deutsche Sprache sein kann, daran ist gewiß nicht die nationale Ueberhebung der Deutschen Schuld. Die Ausnahmestellung der deutschen Sprache ist einzig und allein durch die staatlichen Interessen bedingt. Andererseits bieten die ganze Lage und Konfiguration des von den Deutschen bewohnten Gebiets in Böhmen, die wirthschaftlichen Verhältnisse, die geschäftlichen Verbindungen und Beziehungen und anderes mehr den Deutschen keine Gelegenheit und keinen Ansporn, czechisch zu lernen. Es liegt keine nationale Voreingenommenheit und Abneigung gegen die czechische Sprache darin, wenn z. B. in den nordböhmischen Industrieorten, wie Reichenberg, Gablonz, Warnsdorf, oder in Karlsbad, Marienbad und in vielen anderen Städten, ja sogar in Marktgemeinden im deutschen Gebiete Böhmens, sich englische, französische, oder selbst italienische Klubs, aber keine czechischen finden und wenn eine starke Nachfrage nach Lehrern der englischen, französischen, italienischen Sprache herrscht, aber gar keine nach czechischen Sprachlehrern. Der Geschäftsmann braucht eben in der Regel nur die Kenntnisse jener Weltsprachen dringend, die geschäftlichen Verbindungen sind nicht blos mit dem benachbarten Deutschen Reiche, sondern selbst mit Frankreich, England, Amerika, der Levante und noch ferner gelegenen Gegenden weit lebhafter und stärker als mit Prag und den czechischen Theilen des Landes. Oder ist die Kenntniß des Czechischen etwa ein Postulat des Patriotismus? Der Deutschböhme kennt wohl einen österreichischen Patriotismus, an dem eine vernünftige österreichische Regierung sich sollte genügen lassen, aber keinen spezifisch böhmischen. Die Deutschen Oesterreichs haben nicht gemurrt, sich vielmehr ohne Weiteres mit patriotischer Selbstverleugnung darein ergeben, als der unglückliche Krieg des Jahres 1866 jede politische Zusammengehörigkeit mit den Stammesgenossen in den außerösterreichischen Ländern aufgelöst hatte; ihr österreichischer Patriotismus hat niemals gewankt und gerade in den schwersten Lagen des Staates sich auf das Glänzendste bewährt, und nun soll zum Danke für alle ihre patriotische Aufopferung und Selbstüberwindung auch noch der Zusammenhang der Deutschen in Oesterreich selbst auf das Aeußerste gelockert werden; nun sollen für die Deutschen der Sudetenländer nicht die gleichen nationalen Rechte mehr in Kraft bleiben, welche für die Deutschen in den übrigen österreichischen Provinzen gelten; nun soll daselbst die deutsche Minderheit der Bevölkerung schutzlos der Gnade der gewaltthätigen slavischen Mehrheit ausgeliefert werden und hierdurch auch die nationale Begehrlichkeit und Ueberhebung der Südslaven Aufmunterung und Kräftigung erhalten; nun soll das längst außer Kraft gesetzte und undefinirbare sogenannte historische Recht der verschiedenen Kronländer voranstehen dem niemals verwirkten, ewig lebendigen, natürlichen Rechte der deutschen Bevölkerung Oesterreichs?

Wenn die Sprachenverordnungen nicht aufgehoben werden, dann werden binnen Kurzem bei allen Aemtern in den deutschen Gegenden Böhmens und Mährens sich nur vereinzelt und ausnahmsweise deutsche Beamten und Diener finden, denn die Sprachenverordnungen erstrecken sich sogar auf sämmtliche Amtsdiener, dann muß die Zahl der deutschen Bewerber um staatliche Stellen stetig zurückgehen. Heute schon ist in den deutschen Gegenden Böhmens und Mährens die Zahl der Czechen in jedem staatlichen Dienstzweige, bei der politischen Verwaltung wie bei Gericht, bei den Eisenbahnen, beim Post-, Telegraphen- und Telephonwesen wie bei den Finanzbehörden, eine außerordentlich große und dazu kommen noch eine Menge czechische Priester und hie und da auch czechische Lehrer. Schon vor den letzten Sprachenverordnungen wurden für Böhmen und Mähren die Beamten mehr nach ihren sprachlichen, als nach ihren übrigen Kenntnissen und ihrer sonstigen Verwendbarkeit bewerthet. Für den Czechen ist es aber ein in allen Verhältnissen begründetes Bedürfniß, deutsch zu lernen, und überdies genießt er, wie die Strömung in den Regierungs- und oberen Kreisen nun einmal seit Jahrzehnten ist, noch den besonderen Vortheil, daß man an seine Sprachkenntnisse nicht den gleichen strengen Maßstab legt wie bei einem Deutschen. Wird ja das amtliche Deutsch in Oesterreich von Tag zu Tag schlechter, verworrener und sprachwidriger, mit dem Czechischen ist es etwas ganz Anderes. Darum gilt der Czeche für gut verwendbar, selbst in deutschen Gegenden, auch wenn er das Deutsche nur radebricht; wehe aber dem deutschen Beamten in einer czechischen Gegend oder selbst in einer deutschen, wenn ihm einmal auch nur ein unbedeutender Fehler im Czechischen unterläuft! Das kommt freilich nicht allein daher, daß die staatliche Gewalt den Czechisirungsbestrebungen so eifrigen Vorschub leistet, sondern nicht weniger daher, weil der Deutsche an Lebhaftigkeit und Empfindlichkeit des Nationalgefühls weit nachsteht. Der Czeche bleibt national gesinnt, mag er auch die höchste Stufe in der Beamtenhierarchie erreichen, und läßt auch im Dienste die nationalen Interessen niemals außer Acht, der deutsche Beamte dagegen ist in der Regel national indifferent, ja begünstigt gar oft das Czechenthum, um nur nicht in den Verdacht nationaler Parteilichkeit zu kommen. Für den deutschen Jüngling wird es überhaupt immer weniger verlockend, sich der Beamtenkarrière zu widmen, in dieser Hinsicht wirken auch die Sprachenverordnungen so abschreckend wie möglich.

Allein von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, bedeuten die Sprachenverordnungen schon eine schwere Heimsuchung, eine außerordentlich große nationale Gefahr für die Deutschen in Böhmen und Mähren; ihre verderbliche Wirkung verstärkt sich aber noch dadurch, daß sie nicht nur den deutschen Beamten zwingen, in einer rein deutschen Gegend unter Umständen auch czechisch zu amtiren, sondern daß sie auch jeden Deutschen zwingen, von seinen heimischen Gerichten selbst czechische Klagen entgegenzunehmen, bei Verhandlungen unter Umständen einen Dolmetsch beizuziehen, sich czechische Eintragungen in die öffentlichen Bücher gefallen lassen zu müssen, was alles das Rechtsverfahren nicht nur umständlicher und schwerfälliger, sondern auch kostspieliger macht. Und warum alle diese Beschwernisse und Chicanen? Weil es dem czechischen Größenwahn schmeichelt, weil Alles vorbereitet werden soll für die Aufrichtung des selbstständigen böhmischen Staates mit der czechischen Staatssprache.

Simon's Kindermilch. Sterilisirte (keimfreie) Trocken-Milch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. Oktober.

Berlin. Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin ist heute Mittag wieder hier eingetroffen und setzte von hier aus die Reise nach Dresden fort. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den österreichisch-ungarischen Botschafter am hiesigen Hofe v. Szögyenyi, sowie die Abberufung des bisherigen deutschen Gesandten am rumänischen Hofe, Grafen v. Leyden, behufs anderweitiger dienstlicher Verwendung. — In der morgenden ersten Bundesrathssitzung nach den Sommerferien werden die neuen Staatssekretäre v. Podbielski, v. Bülow, v. Thielmann und Tirpitz eingeführt. — Die „Germania" wendet sich gegen die Rede des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths, Dr. Barkhausen, auf der Gustav Adolf-Vereinsversammlung. Das evangelische Zeugniß, welches derselbe geliefert habe, sei nichts Anderes als ein Zeugniß evangelischer Unwissenschaft in katholischen Dingen. Dr. Barkhausen spreche von schweren Schmähungen, die gegen die evangelische Kirche und insbesondere gegen Luther in der päpstlichen Encyclika über die 300jährige Gedächtnißfeier des Canisius geschleudert sein sollen. Von Schmähungen könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil der heilige Vater zwar offen und frei das katholische Urtheil über die Reformation und die Reformatoren ausspreche, aber jede verletzende Wendung vermeide und weil er — die Wahrheit sage. Der Papst habe nichts Anderes gesagt, als was zahlreiche protestantische Historiker schon vorher gesagt hätten.

Berlin. Die „Post" bestätigt, daß die Regierung willens ist, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter vorzulegen.

Königsberg. In der Wohnung eines Arbeiters brach vermuthlich durch Spielen mit Streichhölzern Feuer aus, während die Kinder eingeschlossen waren. Ein Knabe von fünf Jahren schrie bei der Heimkehr der Mutter kläglich um Hilfe und war halb erstickt; drei kleinere Kinder im Alter von vier Monaten, zwei und drei Jahren waren todt.

Köln. Das Bensberger Schloß, in dem die Kadettenanstalt untergebracht ist, steht seit 3 Uhr in Flammen. Der linke Flügel brennt lichterloh. Viele Feuerwehren sind zur Stelle, aber durch Wassermangel ist die Arbeit sehr erschwert.

München. Hier ist in vergangener Nacht heftiger Schneefall eingetreten.

Karlsruhe. Der König von Siam traf heute in Begleitung seiner drei Söhne und seines Bruders hier ein, besichtigte die Patronenfabrik, das Schloß und das Polytechnikum und kehrte darauf nach Baden-Baden zurück.

Wien. Abgeordnetenhaus. Abg. Ebenhoch interpellirt wegen der Mittel zur Bekämpfung der Konkurrenz des ausländischen, besonders amerikanischen Getreides. Das Haus setzt die Verhandlungen über die Nothstandsvorlage fort. Ein Communique der deutschen Volkspartei über die heutige, der Berathung des Antrags Dipauli gewidmete Klubsitzung, besagt, die deutsche Volkspartei stehe einerseits auf dem Verlangen der gesetzlichen Regelung der Sprachenverhältnisse und beharre andererseits bei strengster Opposition und Obstruktion, solange die Sprachenverordnungen nicht vollständig und unbedingt zurückgenommen werden. — Ueber den bereits am Montag gemeldeten Ueberfall eines österreichischen Schiffes im Piräus berichtet das „Fremdenblatt" aus Athen: Mehrere Hundert Kretenser überfielen im Piräus den Lloyddampfer „Maria Theresia". Der Ueberfall wurde durch das Gerücht veranlaßt, daß sich an Bord des Schiffes 100 gefangene Kretenser